

## Angetreten

Der Landesvorstand der LINKEN ist gewählt und wird die Geschicke des Landes mitbestimmen.

Seite 2

## Angebracht

Neue Gedanken über die Entwicklung der Stadt Luckenwalde hat der Stadtverordnete Jürgen Akuloff geäußert.

Seite 5

## Angeregt

Zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution haben zwei Autoren zum Nachdenken aufgerufen.

Seiten 10 und 11

# DIE LINKE. AKTUELL

14. Jahrgang, 151. Ausgabe, Oktober 2007

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

## Gründungsparteitag in Brandenburg mit antifaschistischem Gedenken

Vor dem Gründungsparteitag hatten Delegierte im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg der antifaschistischen Opfer gedacht. Der Landesvorsitzende, Thomas Nord, erinnerte an die Verbrechen der Nationalsozialisten an diesem Ort mit den Worten: „In einer Zeit, in der Neofaschisten immer deutlicher machen, dass sie sich das Dritte Reich zurückwünschen, werden wir alles tun, damit diese keine Chance haben, neue Verbrechen zu begehen.“ Im Anschluss wurden gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten Gunter Fritsch Kränze an der Euthanasie-Gedenkstätte in Brandenburg niedergelegt.

Der aktuelle Bezug dieser beiden Programmpunkte vor dem Landespartei-tag stellte sich sehr schnell dar. Vor unserem Tagungsgebäude hatte die NPD eine sogenannte Mahnwache postiert. Mit großen Plakaten und eigenen Aktionen protestierten Brandenburger Genossen dagegen.

Im Innern des Tagungsgebäudes nahm der Parteitag seinen Verlauf. Das Neue am Tagungssaal war auch sofort ausgemacht. In trauter Runde saßen wir gemeinsam mit den Delegierten aus der WASG. Begrüßt wurden die Delegierten von der Oberbürgermeisterin der Stadt, Dietlind Thiemann (CDU). Nach der Rede unseres Landesvorsitzenden, der noch einmal den

Weg beschrieb von der Bundestagswahl 2005 bis zur gemeinsamen Linken sowie die vor uns stehenden Aufgaben deutlich machte, sprach der ehemalige Vorsitzende der WASG,

Brandenburg gewählt. Zu seinen Stellvertretern gehören nun die Bundestagsabgeordnete, Dr. Kirsten Tackmann (94,4 %), und der Rechtsanwalt, Christian Eicke (76,5 %).



Delegierte des Kreisverbandes Teltow-Fläming

Steffen Hultsch. Fast einstimmig wurden die Grundsatzdokumente beschlossen, und auch die Wahlen zum Landesvorstand wurden zum besonderen Höhepunkt. Mit 89,4 Prozent der Stimmen wurde Thomas Nord mit seinem bisher besten Wahlergebnis zum ersten Landesvorsitzenden der Linkspartei

Mit vielen guten Eindrücken und inhaltlichen Aufgabenstellungen kamen unsere Delegierten wieder zurück. Für unseren Gründungsparteitag am 03. November in Luckenwalde sind wir gut gerüstet.

Kornelia Wehlan,  
Kreisvorsitzende

## Gründungsparteitag der LINKEN Brandenburg

Am 08.09.2007 wurde folgender Landesvorstand gewählt:

### Landesvorsitzender

Thomas Nord

### Stellvertr. Landesvorsitzende

Dr. Kirsten Tackmann

### Stellvertr. Landesvorsitzender

Christian Eicke

### Landesgeschäftsführerin

Maria Strauß

### Landesschatzmeister

Matthias Osterburg

### Weitere Mitglieder

Elke Böckmann

Katharina Dahme

Silvia Hauffe

Diana Golze

Jutta Nitsche

Dagmar Püschel

Petra Wirth

Dagmar Lorenz

Dr. Andreas Bernig

Thomas Domres

Matthias Loehr

Stefan Ludwig

Ingo Paeschke

Harald Petzold

Steffen Hultsch

## Viel Erfolg bei der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Brandenburger!

## Anderer Meinung

Auf dem Landesparteitag in Brandenburg formulierte Christian Eicke u. a. die Worte: „Die DDR ist nicht unser Staat und erst recht nicht unser Ziel.“

Diese Aussage kann ich so nicht gelten lassen. Bei einem Richter kann ich voraussetzen, dass er den Unterschied der einzelnen Zeitformen kennt, denn die DDR besteht nicht mehr. Sie war aber sehr wohl mein Staat, und ich betrachte mich keineswegs als Nostalgikerin.

Ich bin in den Jahren der DDR geboren worden, zur Schule gegangen,

## Förderschulen müssen sein

In den letzten zehn Jahren hat objektiv die Zahl der Kinder, die sonderpädagogischen Förderbedarf haben, zugenommen. Unsere Auffassung ist, dass Kinder mit ungünstigen Lern- und Entwicklungsvoraussetzungen so früh wie möglich gefördert werden müssen, und das im gemeinsamen Unterricht.

Es gibt Länder wie z. B. Finnland, wo es grundsätzlich nur gemeinsamen Unterricht gibt. Doch dazu bedarf es entsprechender Bedingungen und Ressourcen, die in Brandenburg fehlen und letztendlich damit verbunden wären, dass man Geld in die Hand nimmt. Und so lange dazu keine Entscheidung getroffen wird, verbietet es sich, über die Schließung von Förderschulen zu reden. Denn das hieße ja, das Pferd von hinten aufzuzäumen.

In Brandenburg besuchen von den 16.000 Schülern (6,75 % aller Schüler mit Förderbedarf) 11.500 (4,80 %) eine Förderschule und nur 4.250 (1,78%) den gemeinsamen Unterricht. An diesem Verhältnis hat sich seit Jahren nichts geändert. Gemeinsamer Unterricht ist nicht zum Nulltarif zu haben. Während an den Förderschulen ein moderateres Lehrer-Schüler-Verhältnis geregelt ist, sind die Bedingungen im gemeinsamen Unterricht an Regelschulen völlig unzureichend. 23 Kinder in einer Integrationsklasse sind zu viel, da ja die Anzahl der Kinder mit diversen anderen Problemen steigt, und leider wird auch oftmals die Zahl 23

nicht eingehalten. Dazu kommt, dass von den 423 bestehenden Grundschulen nur 44 eine feste Lehrkraft mit mindestens 14 Stunden im sonderpädagogischen Bereich zur Verfügung haben. In der Sekundarstufe I ist dieses Verhältnis noch viel schlechter.

Gute Erfolge bezüglich der Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es in der Flexiblen Eingangsphase (FLEX). Es gibt nur halb so viele Zurückstellungen beim Schulanfang (nur 7,7% der Kinder werden an FLEX-Schulen zurückgestellt, 16,6% sind es an Regelschulen). In FLEX-Klassen halbiert sich die Anzahl der Förderschulüberweisungen im Vergleich zu Regelschulen. Nur 1% der Kinder aus FLEX-Klassen müssen in Allgemeine Förderschulen oder in Förderschulen mit den Förderschwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung oder Sprache wechseln. Damit liegt der Beweis vor, dass gemeinsames Lernen aller Kinder, eine neue Lern- und Aufgabenkultur und natürlich eine gute Ausstattung mit Lehrkräften einschließlich der sonderpädagogischen Fachkräfte zu guten Ergebnissen führen.

Die Gesamtsituation aber ist eine andere. Die schlechten Rahmenbedingungen – zu große Klassen, zu wenig Sonderpädagogen – führen dazu, dass im Interesse der Entwicklung von Kindern mit Förderbedarf Förderschulen gebraucht werden und das Ziel der Landesregierung, beginnend mit Jahrgangsstufe 1 und 2 keine Klassen an Allgemeinen Förderschulen oder Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache einzurichten, scheitern muss. Bei allem Vorrang der Integration - so geht es nicht! Deshalb ringen auch wir Linken im Interesse der Förderung der Schwächsten um den Erhalt der Förderschulen. Unser langfristiges Ziel aber ist der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf.

Kornelia Wehlan,  
Kreisvorsitzende

habe meine Berufsausbildung in meinem Traumberuf absolviert, eine Fachschule besucht und ganz privat mein Leben geführt, Ehrenämter eingeschlossen.

Meine Karriere als Arbeitslose, Umschülerin, zeitweilig Beschäftigte, Hartz-IV-Empfängerin sowie jetzt als Teilnehmerin an einer AB-Maßnahme begann erst in den Jahren ab 1993, also in der BRD.

Petra Haase, Jüterbog  
Delegierte des LPT



## Besuch der Kreistagsfraktion in der Oberförsterei Baruth

Ein Besuch in der „Bildungs- und Begegnungsstätte Natur, Holz und alternative Energie“ im Forsthof Baruth war durch die Kreistagsfraktion schon lange geplant. Wir wollten auch die kleine Fraktion, die für unsere Partei in der SVV tätig ist, kennen lernen. Es war ein Erlebnis besonderer Art, denn was hier in Baruth entstanden ist und noch entstehen soll, war schon beein-

denn die ansässigen Firmen wollen weiter investieren.

Ziel war es, uns mit einem Vorhaben auf dem Gelände der Oberförsterei bekannt zu machen. Beeindruckend war nicht allein, wie die Aufgaben einer amtlichen Forstverwaltung erfüllt werden, sondern wie man in Verbindung mit Wirtschaft und Tourismus (Glashütte, Wildpark Jo-

Forst, Holz, Umwelt, alternative und erneuerbare Energien,

d) Schaffung einer Begegnungs- und Bildungsstätte für alle Generationen.

Was dort der Oberförster und Stadtverordnete M. Ebell mit seinen Mitarbeitern an konzeptioneller Arbeit und Vorarbeit geleistet hat, ist schon beeindruckend.

Vor allen Dingen ist es notwendig,

die unterschiedlichsten Interessengruppen, angefangen von den Unternehmen des Holzkompetenzzentrums, der Stadt Baruth, Unternehmen für alternative und erneuerbare Energiegewinnung, Vereine und Verbände, die touristischen Einrichtungen der Umgebung bis hin zur Arbeitsagentur, zusammenzubringen, und z.T. ist das bereits gelungen.

Oberförster Ebell, der mit Genossen Werner aus Petkus die Interessen für DIE LINKE vertritt, erklärte uns vor Ort die vielfältigen Vorhaben auf dem Gelände des Forsthofes und testete

auf einem liebevoll errichteten Erlebnispfad unser Wissen rund um den Wald.

Was für Schulkinder gedacht ist, war auch für uns nicht ganz einfach. Schon jetzt können sich Schulklassen anmelden und ein paar lehrreiche Stunden erleben. Keine Unterrichtsstunde im Klassenzimmer kann diese Waldkenntnisse erlebnisreicher vermitteln als hier vor Ort.

Anmeldungen für Schulklassen und Familien nimmt der Forsthof gern entgegen.

*R. Haase,  
Kreistagsabgeordneter*



druckend. Für uns als Besucher war es ein echtes AHA-Erlebnis.

War Baruth mit seinem Gewerbegebiet, dem Holzkompetenzzentrum bereits allgemein bekannt, ringt Baruth aufgrund seiner Entwicklung Hochachtung ab. Was hier in dieser kleinen Stadt durch die Ansiedlung potenter Unternehmen entstanden ist, beeindruckt die Besucher.

Daneben wird diese Stadt, die infolge der reichlich fließenden Steuereinnahmen vielfältiges Potenzial hat, genutzt, um sie zu einem liebenswerten märkischen Kleinod zu gestalten. Man kann auch erkennen, dass die Wirtschaftskraft sich weiter stärken wird,

hannismühle, Bücherstadt Wünsdorf, das Holzkompetenzzentrum und die angrenzenden Naturschutzgebiete) eine erlebnisreiche Region schaffen kann. Weiterhin soll der Standort der Oberförsterei zu einer umfassenden Bildungseinrichtung entwickelt werden.

Die Ziele sind abgesteckt:

a) Stärkung der integrierten ländlichen Entwicklung,

b) Aufbau eines modernen Dienstleistungs- und Geschäftszentrums für den komplexen Bereich Forst und Holz,

c) Entwicklung zu einer Fachagentur und eines Informationszentrums für

# TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

## Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

### Brandenburg - vom Trend auf dem Lehrstellenmarkt abgekoppelt

Vom positiven Trend auf dem bundesweiten Ausbildungsstellenmarkt ist Brandenburg abgekoppelt. Nach dem neuesten Ausbildungsmarktbericht gibt es in Brandenburg einen Monat vor Ende des Vermittlungsjahres 2006/07 noch 8118 unversorgte Lehrstellenbewerber. Demgegenüber stehen 2393 unbesetzte Lehrstellen. Das ergibt ein Ausbildungsplatz-Defizit von 5725 Stellen. Damit droht eine größere Ausbildungsplatzlücke als am Ende des vergangenen Vermittlungsjahres.

Obwohl in allen anderen ostdeutschen Ländern die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen im Vergleich zum Vorjahr mit zweistelligen Zuwachsraten anstieg, bleibt Brandenburg mit einem Aufwuchs von 0,8 Prozent weit zurück. Und bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen weist die Statistik sogar einen Rückgang um 1,8 Prozent auf 8554 aus. Andere ostdeutsche Länder verzeichneten dagegen gerade auch bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen Zuwächse: Sachsen-Anhalt 11 Prozent, Sachsen 8,3 Prozent und Thüringen 4 Prozent. Lediglich die Zahl der staatlich finanzierten außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen wuchs in Brandenburg um 5,2 Prozent auf 5436. Mit dieser Bilanz ist auch in diesem Jahr wieder der Brandenburger Ausbildungskonsens gescheitert. Bereits im Vorjahr blieb die Entwicklung auf dem Brandenburger Lehrstellenmarkt deutlich hinter dem ostdeutschen Durchschnitt zurück. Angesichts des drohenden und in einigen Branchen schon akuten Fachkräftemangels ist die unzureichende Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen nicht nachzuvollziehen. Nur ca. 26 Prozent der Brandenburger Unternehmen bilden aus. Mit der von der LINKEN seit Jahren ge-

forderten Ausbildungsumlage werden Unternehmen motiviert, ihrer Ausbildungspflicht nachzukommen. Anderenfalls müssen sie eine Ausbildungsplatzabgabe entrichten, von der ausbildungswillige Betriebe profitieren.

### Ministerin rechnet Lehrstellenlücke schön

In der letzten Landtagssitzung stand die Lehrstellensituation auf der Tagesordnung. Dabei vermittelte die Ministerin Ziegler den Eindruck, dass es keine Ausbildungslücke 2007 gebe. Aber der von der Ministerin zitierte Lückenschluss bei den Lehrstellen ist nur rein rechnerisch. Fakt ist, dass Ende August noch 8118 Jugendliche einen Ausbildungsplatz in Brandenburg gesucht haben. Demgegenüber standen lediglich 2393 unbesetzte betriebliche Lehrstellen. Zwar würden nach Aussage der Ministerin weitere 3656 überbetriebliche Plätze im Rahmen des Ausbildungsprogramms Ost geschaffen und über 3000 Plätze in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt, aber diese Ersatzangebote bedeuten für viele Schulabgänger den Einstieg in eine Warteschleife. Dieses Schicksal trifft bereits 4355 junge Brandenburgerinnen und Brandenburger, die zu den so genannten Altbewerbern gehören. Ihre Quote beträgt in Bezug auf die unversorgten Lehrstellenbewerber inzwischen 60,8 Prozent. Diesen jungen Menschen helfen keine Rechenbeispiele der Ministerin, sondern nur ausreichend betriebliche Ausbildungsplätze.

### Täglich ein Brötchen mehr?

Die von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering vorgeschlagene Erhöhung des Eckregelsatzes für Kinder in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften um zehn Euro monatlich ist in keiner Wei-



se auskömmlich. Damit kann man der Kinderarmut nicht ernsthaft entgegen. Dieser Vorschlag zeigt einmal mehr, wie realitätsfern der zuständige Bundesminister mit sozialen Problemlagen umgeht. Zehn Euro mehr im Monat – dafür können die Eltern aus Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften ihrem Kind lediglich ein Brötchen mehr pro Tag kaufen. Eine kindgerechte, gesunde Ernährung ist davon ebenso wenig zu finanzieren wie eine notwendige Ausstattung mit Schulmaterialien. Die Fraktion DIE LINKE. fordert deshalb eine sofortige Anhebung der Regelleistung auf 420 Euro monatlich. Die bisherige Regelung, wonach Kinder und Jugendliche als „kleine Erwachsene“ betrachtet werden und ihnen lediglich 60 bzw. 80 Prozent des Regelsatzes für Erwachsene zugestanden werden, ist völlig unzureichend, um Kinderarmut zu verhindern. In der aktuellen Stunde des Landtages am 11. September haben wir das thematisiert und einen Antrag eingebracht. Die Ministerin Ziegler sah keinen Bedarf, sich dazu mit uns auseinanderzusetzen. Die Landtagsmehrheit von SPD und CDU lehnte unseren Antrag ab. <

**Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan**  
Telefon u. Fax: 0 33 71 / 40 65 44  
E-Mail-Adresse:  
BueroLukWehlan@aol.com

## Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde, Fraktion DIE LINKE.

# Zukunft durch Bauen - oder ohne Bauen keine Zukunft?

Wo steht nun Luckenwalde über zehn Jahre nach Erarbeitung der strategischen Stadtentwicklungspläne? Betrachtungsmaßstab können die innerstädtischen Veränderungen im Nuthepark, im Marktensemble oder auf dem Petrikirchplatz sein. Sie haben stadtbildprägende Funktion und finden allgemeine Anerkennung.

Wenn aber Luckenwalde als regionaler Wachstumskern zu den fünfzehn bedeutendsten Wirtschaftstandorten des Landes zählt, sind Mittelverwendung und Programmziele deutlich zu hinterfragen. Was in den Grundzügen Bestand hat, ist heute konzeptionell überholt und muss in den Ziel-funktionen verändert werden. Unsere Fraktion hat im BPU-Ausschuss stets darauf verwiesen, dass die Leitlinien für Stadtentwicklung enger zu verknüpfen sind. Am Beispiel „Urban II“ ist die Zielfunktion konkret definiert, „für wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung von städtischen Gebieten“. Das ist mit dem neuen Anspruch verbunden, städtebauliche, wirtschaftsfördernde und soziale Maßnahmen zu bündeln oder mit einem Wort: Maßstab der Beurteilung aller Konzepte ist das Oberziel Lebensqualität. Was hat sich also in den Wohnquartieren für jedes Lebensalter verändert? Zu den drei Zielen Aufwertung des Stadtzentrums, Schaffung und Stabilisierung von Arbeitsplätzen sowie Entwicklung eines aufgeschlossenen Bürgersinns ist im Komplex zu hinterfragen, unter Beteiligung der gesamten Stadtverwaltung zu agieren. Der Maßstab der Dinge sind geschaffene Gebrauchswerte für Lebensqualität und der Wille in der Verwaltung, fachkompetent mit den Bürgerinnen und Bürgern den Dialog zu führen. Auch bei der neuesten Variante städtischer Bestandsanalyse, dem integrierten Stadtentwicklungskonzept, hat die Bürgermeisterin zur Beteiligung aufgerufen. Erneut fordern wir auch bei diesem Programm mehr Transparenz und auch ständige thematische

Gesprächsgruppen, Runde Tische usw..

Wir können uns nur gemeinsam am größten Nutzeffekt der Einzelmaßnahmen erfreuen und wünschen uns im Vorfeld von Entscheidungen den hilfreichen Gedankenaustausch zur Mittelverwendung. Hier wird der Ruf nach mehr Konzentration immer lauter. 19,8 Millionen Euro sollen konzentriert zur sichtbaren Verbesserung zur Anwendung kommen. Der Verteiler sieht 46 Prozent für die Wirtschaft, 36 Prozent für Städtebau und 11 Prozent für Soziales vor. Zur jetzigen „Neujustierung“ der Stadtentwicklungsstrategie müssen die Rahmenbedingungen in ihrer Veränderung einen höheren Stellenwert erhalten. Die Neuausrichtung der Landesförderpolitik (2005) erfordert ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept“ als Raster für weitere Fördermöglichkeiten.

Für die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Stadtparlament heißt das u.a., beim Stadtumbau sind die Interessen der Träger stärker zu berücksichtigen. Dem notwendigen Abriss dürfen auf Dauer nicht nur gestaltete Grünflächen und neu verputzte Giebel folgen. Zum Abriss zählt beim Umbau auch Aufwertung. Dabei sind die Auswirkungen der demografischen Entwicklung stärker zu beachten. Für uns zählen alle Maßnahmen der Standort-sicherung. Auch dann, wenn es um Einzelentscheidungen geht. Ein Beispiel dazu: Der prozentuale Anteil der unter 25-Jährigen betrug 2005 im Kreis Teltow-Fläming 1,15 Prozent, im selben Jahr haben 2607 Ledige den Landkreis – vorwiegend Luckenwalde – verlassen, um existenzsichernde Arbeitsplätze auf Dauer zu erhalten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt ist die Bereitstellung von bezahlbarem, altersgerechtem Wohnraum in der Innenstadt, der Bereich des Boulevards mit Sichtachse zum Kaufland-Supermarkt ist neu zu gestalten.

Unsere weiteren Vorschläge beziehen sich auf die Aufwertung kultureller Erlebnisbereiche im Stadtzentrum. Der Bereich Bahnhof – Rathaus – Kreishaus sollte als Musterbeispiel für Einkaufs- und Verweilmöglichkeiten gestaltet werden. Völlig zu überarbeiten ist das Konzept für Werbeflächen und öffentliche Veranstaltungsankündigung. Ebenso ist ein Verkehrskonzept zur Diskussion zu stellen.

Die Abgeordneten der Stadtfraktion werden neue Gedanken sowie Vorschläge zur Stadtgestaltung einbringen und darüber berichten.

*Hans-Jürgen Akuloff,  
Stadtverordneter*



### Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Teurer: Käse, Quark, Backwaren, Wurst, Tiefkühlkost, Milch
- Peter Struck: „Wer den Aufbau Afghanistan will, muss auch die bekämpfen, die dagegen sind.“

Wir wissen, dass die Probleme militärisch **nicht** lösbar sind. Dass sehr viele Deutsche den Militäreinsatz in Afghanistan ablehnen, zeigen die gegenwärtige Unterschriftensammlung und viele andere öffentlich wirksame Aktionen.

- Empfehlung aus einer Studie: aus dünn besiedelten Gebieten die Abwanderung zu empfehlen und dafür eine Prämie zu zahlen
- Schulschließungen in Brandenburg: Ist das eine Perspektive für Jugendliche?
- Die Zeitarbeit boomt - die Zeitarbeiter erhalten weniger Geld, haben weniger Urlaubsanspruch, und ihnen kann leichter gekündigt werden.

### Fortsetzung folgt! Leider.

*Christa Zernick, Am Mellensee*

## Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde, Fraktion DIE LINKE.

# Die Entwicklung der Luckenwalder Wohnungsgesellschaft

Die Luckenwalder Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Luckenwalde (LWG) ist eine Tochtergesellschaft der Stadt Luckenwalde. Nach der Wende und bis Mitte vorigen Jahres war sie uns allen als Lugewo mbH (Luckenwalder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft) bekannt. Sie war aber nicht gemeinnützig und baute auch keine Wohnungen mehr, so dass die neue Namensgebung nicht nur Werbezwecken diente, sondern auch der Realität entsprach.

Als stadteigenes Unternehmen hat die Gesellschaft Aufgaben der Daseinsfürsorge zu erfüllen. Das heißt, die Gesellschaft unterliegt dem Belehnungsrecht des Gesellschafters.

Gegenstand der Gesellschaft ist nach dem Gesellschaftervertrag vorrangig die Sicherung eines preisgünstigen und bedarfsgerechten Wohnungsangebots. Im Wesentlichen vermietet die Gesellschaft Wohnungen, die für breite Bevölkerungsschichten hinsichtlich Wohnbedürfnissen und Ein-

kommenstruktur grundsätzlich geeignet sind. Sie vermietet Wohnungen namentlich an diejenigen Wohnungssuchenden, die zur Schaffung von Wohnungseigentum selbst nicht in der Lage sind.

Seit mehreren Jahren arbeitet die LWG nach einem langfristigen Sanierungskonzept – Szenario genannt – das regelmäßig fortgeschrieben wird. Zur Zeit ist die Variante 4 a die Grundlage des Handelns.

Die demographische Entwicklung der Stadt Luckenwalde hat auch Auswirkungen auf den Luckenwalder Wohnungsmarkt. Fast jede zweite Wohnung steht in Luckenwalde leer. Diese Entwicklung geht auch nicht an der LWG vorbei. Deshalb kennzeichnen drei Schwerpunkte die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft: Modernisierung, Rückbau und Verkauf.

Nur modernisierter Wohnraum lässt sich gut vermieten, wie der Stand der Vermietung bei dem im 1. Halbjahr 2007 fertiggestellten 3. Bauabschnitt der Volksheimsiedlung zeigt.

Durch den Rückbau werden Wohnungen vom Markt genommen. Außerdem wirkt sich der Rückbau positiv beim Abbau der Altschuldenhilfe aus. In enger Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt wirkt die LWG aktiv bei der Verwirklichung des Stadtumbaukonzepts mit.

Aber nur mit entsprechender Förderung durch Zuschüsse kann die LWG auch weiterhin Rückbaumaßnahmen durchführen. Die durch den Verkauf erzielten Einnahmen sollen bei weiteren Modernisierungen eingesetzt werden. Allerdings bedarf es zukünftig neuer Verkaufsstrategien, um hier die im Szenario abgesteckten Ziele zu erreichen.

*Dr. Margitta Haase,  
Stadtverordnete*

## Ernst Kloß geehrt



Am 4. September wäre Ernst Kloß 100 Jahre alt geworden. Anlässlich dieses Datums kamen Vertreter des Stadt- und Kreisverbandes der LINKEN auf dem Friedhof „Jüterboger Tor“ in Luckenwalde zusammen, um Ernst Kloß mit einem Blumengebinde ein ehrendes Andenken zu erweisen. Ernst Kloß verstarb am 12. April 1933 im Krankenhaus Luckenwalde an den Folgen eines durch SA-Truppen ausgeführten Attentats. In einigen kurzen Worten wurde von unserer Kreisvor-

sitzenden Kornelia Wehlan an Ernst Kloß erinnert und auf die dieses Jahr erschienene Broschüre „Standhafte Antifaschisten“ verwiesen.

Die Presse war erschienen - nur Vertreter der Stadt Luckenwalde und anderer Parteien glänzten ein erneutes Mal durch Abwesenheit. Ist es nicht gerade in Zeiten einer erstarkenden NPD wichtig, mit allen demokratischen Kräften geschlossen zusammenzustehen?

*Felix Thier*

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

### aus erster Hand von Maritta Böttcher

#### Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan

Mehrere tausend Menschen sind dem Aufruf der Friedensbewegung gefolgt und haben am 15. September 2007 auf einer Kundgebung im Zentrum von Berlin den sofortigen Abzug gefordert. Dieser Tag war eine Ermutigung. Erstmals seit fünf Jahren ist es gelungen, rund 10.000 Menschen aus der gesamten Bundesrepublik gegen den Bundeswehreinmarsch in Afghanistan zu mobilisieren. Sie forderten den Bundestag auf, die Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen und somit die Voraussetzung für humanitäre Hilfe und eine stabile Entwicklung in Afghanistan zu schaffen.

Die Demonstranten stehen für zwei Drittel der Bevölkerung, die die Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan ablehnen.

Statt die deutsche Afghanistanpolitik realistisch zu bilanzieren und den Mut zu Veränderungen aufzubringen, verstrickt sich die Grünen-Führung in taktische Winkelzüge. Einerseits soll der schwarz-grün-rosa-gelbe außenpolitische Konsens nicht verlassen werden, um weiter Regierungsfähigkeit zu demonstrieren, andererseits wollen die Grünen das Image einer kriegsbejahenden Partei gern wieder loswerden. Die ganzen Auseinandersetzungen in der Grünen-Führung gehen im Grunde darum, wie stark die gegen teiligen Pole gewichtet werden. Das ist der Kern der grünen Differenzen und insofern geht es also nicht um die Zukunft Afghanistans, sondern um die Zukunft der Grünen.

Die Spitze der Grünen hat den Sonderparteitag nicht gewollt, die grüne Basis und die Friedensbewegung haben ihn erzwungen. Viele grüne Basismitglieder wollen von ihrer Fraktion eine deutliche Botschaft, sie wollen, dass die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen wird. Dies deckt sich

mit den Vorstellungen der LINKEN und der Mehrheit der Bevölkerung.

#### Mindestlohn für alle Branchen

Für die Postbeschäftigten muss bis zum 1. Januar 2008 diese Absicherung durchgesetzt werden. Sonst wird die Gefahr weitverbreiteten Lohndumpings in der Postbranche deutlich zunehmen.

Wir fordern Wirtschaftsminister Glos und die Union nachdrücklich auf, ihren Widerstand gegen einen tariflichen Mindestlohn für die Postbeschäftigten aufzugeben. Der Tarifvertrag muss unverzüglich und unbürokratisch für allgemeinverbindlich erklärt werden. Darüber hinaus müssen die Postdienste schnell in das Entsendegesetz aufgenommen werden.

In der weiteren Perspektive fordert DIE LINKE die Postunternehmer auf, den tariflichen Mindestlohn für die ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen auf das Niveau der westdeutschen Beschäftigten anzuheben.



Von Hunger- und Niedriglöhnen sind jedoch über sieben Millionen Menschen betroffen. Um ihre Lebenslage zu verbessern, ist der gesetzliche Mindestlohn notwendig. DIE LINKE wird weiterhin Druck machen für eine Mindestabsicherung von acht Euro. Dieser Betrag wird in schnellen Schritten erhöht werden müssen.

Darüber hinaus bekämpft DIE LINKE die Ursachen für Niedriglöhne: Leiharbeit muss zurückgedrängt werden. Vor allem gilt: Weg mit Hartz IV! Denn der Fortfall jeglicher Zumutbarkeitsregelungen ist ein wichtiger Grund dafür, dass Millionen von Menschen gezwungen werden, zu menschenunwürdigen Hungerlöhnen zu arbeiten. <

## 2. JüterRock in Jüterbog voller Erfolg

Als das trübe Wetter allmählich ging, kamen pünktlich zum Beginn ganze Besucherströme in den Jüterbogener Schlosspark.

Sie alle wollten den Nachwuchsbands aus unserer Region lauschen, die teilweise erstmals auf einer so großen Bühne standen. Ermöglicht wurde das durch h, Regionalverband Teltow-Fläming Süd.

Man musste nicht unbedingt Rockfan sein, um Spaß zu haben. Es war einfach tolle Stimmung. Die Motive, Musik zu machen, waren bei den jungen Musikerinnen und Musikern unterschiedlich. Manche wollen reich werden, andere wollen berühmt werden und andere haben einfach nur

Freude beim Musizieren. Alle zusammen eint eines: Großes Talent, welches leider oft unentdeckt bleibt. Deshalb schufen wir auch 2006 diese Möglichkeit.

Ohne die Profiband SIX wäre das alles nicht möglich gewesen, aber auch nicht ohne die vielen anderen Sponsoren der Stadt Jüterbog.

Die 2500 Besucher erlebten eine tolle Veranstaltung, mitreissende Musik und erhielten die Gewissheit, im kommenden Jahr startet der nächste JüterRock. Das versprach die Hauptorganisatorin, Maritta Böttcher, der eigentlich der größte Dank gebührt.

*Regionalvorstand TF Süd*



*Diana Golze hat das Wort*

## Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

### Der Sozialstaat ist nicht zum Nulltarif zu haben

Anfang des Monats trafen sich die Mitglieder der Bundestagsfraktion DIE LINKE. zu Klausurberatungen in Templin. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Vorbereitung auf die zweite Hälfte der laufenden Legislaturperiode. Wir verständigten uns darauf, mit unseren Aktivitäten den Sozialstaat in Deutschland neu zu begründen. Das ist angesichts der aktuellen Situation in unserem Land geboten. Trotz wirtschaftlichen Aufschwungs gehören wachsende Kinderarmut, Pflegenotstand, verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit auf hohem Niveau, ein sozial ausgrenzendes Bildungssystem und drohende Altersarmut zur traurigen Realität. Deshalb wollen wir u.a. Hartz IV überwinden.

Meine Fraktion schlägt in diesem Zusammenhang vor, das Arbeitslosengeld II länger zu zahlen, 500.000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze zu schaffen und den Arbeitslosengeld-II-Regelsatz in einem ersten Schritt auf mindestens 435 Euro zu erhöhen.

Um die Kinderarmut zu bekämpfen, fordert DIE LINKE. eine Anhebung des Kinderzuschlages und eine deutliche Verbreiterung des Kreises der berechtigten Familien.

Anders als von der politischen Konkurrenz behauptet, unterbreiten wir natürlich auch Finanzierungsvorschläge. Wir wissen, dass ein Sozialstaat nicht zum Nulltarif zu haben ist. Wir wollen deshalb die Politik der Umverteilung von unten nach oben stoppen und umkehren. Dazu gehören

beispielsweise Mehreinnahmen eines gerechten Steuersystems mit Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer, höherer Erbschaftssteuer und höherem Spitzensteuersatz.

### „Neu-Brandenburger“ Steinmeier

Mit Interesse habe ich auch die Tour von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier durch den Wahlkreis 60 verfolgt. Bekanntlich will Herr Steinmeier sich hier um ein Direktmandat bei der nächsten Bundestagswahl bewerben. Ich freue mich über jede Unterstützung, wenn es darum geht, die Interessen der Region Rathenow, Brandenburg an der Havel, Belzig und Jüterbog im Parlament zu vertreten. Allerdings freue ich mich genauso auf die politische Auseinandersetzung und den Ideenwettbewerb mit Herrn Steinmeier. Der Bundesaußenminister steht bekanntlich nicht nur für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, sondern ist als Kabinettsmitglied gleichermaßen für die Rente mit 67, für Hartz IV und

zunehmende Kinderarmut sowie für den Stillstand bei der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns verantwortlich. Bei seiner ersten Reise durch die Region konnte er allein durch seine Anwesenheit ein riesiges Medieninteresse auslösen. Gemessen werden muss aber ein „politisches Schwergewicht“ gerade auch an inhaltlichen Fragen. In diesem Zusammenhang ist mir beim politischen Wettstreit mit dem Neu-Brandenburger Steinmeier überhaupt nicht bange. <

### Ergebnis der namentlichen Abstimmung im Bundestag am 14.06.2007 zum Antrag: „Deutschland braucht Mindestlöhne“

	Ja	Nein	Enth.
CDU	0	202	0
SPD	4	193	1
FDP	0	38	0
DIE LINKE.	49	0	0
B90 / Grüne	46	0	0

### Kinder - Angelegenheit aller!

Unter dem Motto „Hartz IV und die Schulkinder“ hatte der ELA (Erwerbslosen-Arbeitskreis der IG Metall) am 23. August 2007 in das Kreishaus Luckenwalde eingeladen.

Für das Podium waren Diana Golze (Bundestagsfraktion, DIE LINKE.), Hermann v. Schuckmann (1. Bevollmächtigter der IG Metall, Ludwigsfelde), Erika Biehn (Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen), Dr. Rudolf Martens (Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V.), Ron Matz (betroffener Familienvater) und Julia Noack (betroffene Schülerin), gekommen. Außerdem waren Vertreter der Regierungsparteien eingeladen. Doch von der Familienministerin und dem Arbeitsminister bis in die niedrigsten örtlichen Leitungsebenen war kein Verantwortlicher, trotz aller Bemühungen von Michael Maurer, bereit zu kom-

men. Damit haben die Regierungsparteien deutlich gezeigt, dass sie nicht bereit sind, ihre Programme kritisch zu diskutieren.

So wurde aus der angestrebten Podiumsdiskussion ein Tribunal gegen diese unsoziale, kinderfeindliche Politik. Es wurden viele Themen kritisch angesprochen.

Die Kommunen haben zwar auf die anhaltenden Bemühungen der PDS / DIE LINKE und der KOS / Gewerkschaften unterschiedlich mit Geld für Schultüten- und Ranzen reagiert, aber jedes Schuljahr bringt neue finanzielle Belastungen, die aus dem Regelsatz, 207 Euro für Schulkinder, nicht finanziert werden können.

Alle Beteiligten waren sich einig: Kinder sind die Zukunft des Landes und dürfen nicht weiterhin die Lasten der „Reformen“ tragen müssen.

*Rainer Weigt*

## Deutschlands Journalisten verraten uns!

Nein, nicht, was Sie denken: die staatsanwaltlichen Drohungen gegen Journalisten, die angeblich irgendwelche peinlichen Geheimnisse verraten hätten, zu denen ihnen plauderwillige Bundestagsabgeordnete das Material oder die Tipps geliefert hätten.

Ich meine eher die ungebrochene Bereitwilligkeit, jedwede globale militante Aktion der Bundesregierung, speziell der Herren Steinmeier und Jung, ganz toll zu finden, unvermeidlich, alternativlos und im tiefsten Sinne: Menschenpflicht.

Wir verlängern jede der drei Optionen in Afghanistan, wir sind für die Verantwortungsübernahme im Süden

Afghanistans, wo es mächtig klemmt und qualmt.

Wir sind dringend für eine militärische Aktion in Darfur, so wie wir die Kongofalle sahen und – wie es das Wort schon suggeriert - keinerlei Ausweg außer dem Hinschicken unserer Soldaten.

Wir sind auf Biegen und Brechen für das Erzeugen von submilitärischer Spannung im Kosovo. Und alles das finden die elitären und tonangebenden Journalisten in Deutschland gut; natürlich nicht die von ND, Junge Welt, Freitag, Blättchen, Ossietzky – aber die geben leider nicht den Ton an, sprich erreichen nicht des Volkes Hirn.

Keiner ist bereit, die Vernunft in ihr Recht einzusetzen.

Es zeichnet sich seit langem ab: Gewalt stiftet keinen Frieden, nur wieder Gewalt und allenfalls Friedhofs-Totenruhe.

Der Irakkrieg der USA floppt (aus diesen Gründen). Die Serben sollten diplomatisch vergewaltigt werden, als Vorzeigebestrafung und territoriale Bestrafung auf alle Fälle den Kosovo abgeben.

Die Journalisten könnten das auf ihre Agenda setzen und das, was sie bisher wohlwollend bzw. wenigstens nicht hinterfragend berichtet hatten, als Verrat am Bundesbürger kennzeichnen.

Es verrät nämlich die Soldaten und Offiziere, die dort sterben, verletzt werden oder schwere Traumatisierungen nach Hause bringen.

Sie verraten unsere Bemühungen um staatsbürgerliche Sparsamkeit, denn sie helfen, unsere Millionen zu verpulvern. Sie verraten unsere eigentliche Absicht nach 1945, uns mit unseren Nachbarn doch nun endlich vertragen zu wollen.

Sie verraten auch unser Sicherheitsbedürfnis, weil sie helfen, dass Deutsche in den betroffenen Ländern wieder als Waffenträger, Schützen und fremde Regulierer mit Hang zur Unterdrückung wahrgenommen werden.

Was unterscheidet denn die heutigen Journalisten von denen, die zwischen 1939 und 1945 Millionen von Männern, Jungen, Familien übermittelten, dass dringend gestorben werden müsste im „Namen der Nation“? Lediglich dass die moderne Waffenentwicklung der kriegsanzettelnden Nationen nur paar hundert Tote erzeugt? Grundsätzlich unterscheidet sie nichts von denen damals. Sie pflegen die Unwahrheiten. Sie verraten die stolze Nation als eine Draufhauerbande ohne Solidarität und Mitgefühl.

*Dr. Frank Schubert, Potsdam*

## Jüterbog und Europa

Das „Jüterboger Gespräch“ hatte genau diesen Spannungsbogen zum Inhalt.

Helmut Scholz, Europapolitiker und Mitglied im Vorstand der Europäischen Linken, stand den Genossinnen und Genossen sowie den Sympathisanten Rede und Antwort.



*Zu Gast: Helmut Scholz*

„Europa tragen wir alle mit uns herum, jeden Tag – in unserer Geldbörse.“ Nach diesem kleinen AHA-Effekt stellte Helmut seinen persönlichen Werdegang vor, vom Studium in Moskau über die Arbeit in der Botschaft der DDR in China sowie seine Tätig-

keit im Außenministerium reichte dieser Teil seines Lebens. Helmut hat den Neubildungsprozess unserer Partei von der SED über die vielen Stationen bis zur LINKEN aktiv begleitet, ebenso die Gründung der Europäischen Linken.

Die Arbeit der Linken Europas im Europäischen Parlament, die Situation - Fraktion im Parlament und Europäische Linke - war eine weitere Frage, auf die Helmut ausführlich antwortete. Da gibt es so unterschiedliche Positionen unter den linken Parteien in Europa, dass ich sie hier nicht aufführen kann. Nur ein Beispiel: Die griechischen Linken lehnen das Europaparlament ab, arbeiten da nicht mit, in der Europäischen Linken sind sie vertreten.

Über viele weitere solcher und anderer Probleme wurde an diesem Abend diskutiert.

Für mich war das wichtigste Resümee: DIE LINKE muss lernen, Europa nicht als etwas Fernes wahrzunehmen. Europäische Politik ist der Gestaltungsrahmen für linke politische Ansätze und für Veränderung eben dieser Politik.

*Petra Haase, Jüterbog*

# Brot, Land und Frieden

## Vor 90 Jahren siegte die Oktoberrevolution in Russland, weil sie die Forderungen der Massen aufgriff

Von Ronald Friedmann

Je dichter der 7. November 2007, der 90. Jahrestag der Oktoberrevolution in Russland, heranrückt, desto zahlreicher werden die Berichte und Kommentare zu diesem Thema in den verschiedenen Medien sein. Es bedarf keiner Prophetie um vorherzusagen, dass man in jenen Medien, die man aus gutem Grunde die bürgerlichen nennt, wohl vor allem die alten Gruselgeschichten vom „Oktoberputsch der Bolschewisten“ und von den „Machenschaften des deutschen Agenten Lenin“ finden wird. Ganz offensichtlich geht es bei diesen endlos wiederholten, aber dennoch immer falsch bleibenden Geschichten nicht um die historische Wahrheit, sondern darum, die weltgeschichtlichen Ereignisse des Oktobers 1917 im damaligen Russland zu verunglimpfen, um allein schon dadurch ihre grundlegende Bedeutung für den Verlauf der Geschichte des 20. Jahrhunderts herunterspielen oder gar leugnen zu können.

Die Tatsachen sprechen allerdings eine deutliche Sprache: Die Oktoberrevolution war nicht das Werk sinisterer Verschwörer, sondern das wohl unvermeidliche Resultat extrem zugespitzter sozialer Konflikte im damaligen Russland - keine Kraft der Welt hätte die Oktoberrevolution produzieren oder auch verhindern können. Im vierten Jahr des Ersten Weltkriegs wollten die Massen in Russland buchstäblich Brot, Land und Frieden. Und sie waren bereit, diese Forderungen

kämpfend gegen die Zarenherrschaft und - nach deren Sturz in der Februarrevolution 1917 - auch gegen die in der Folge eingesetzte großbürgerliche Provisorische Regierung durchzusetzen. Den Bolschewiki - unter der maßgeblichen Führung Wladimir I. Lenins - gelang es dabei, in den entscheidenden Augenblicken des revolutionären



Ronald Friedmann in Jüterbog (Archivfoto)

Prozesses des Jahres 1917 die mehr oder weniger spontane Bewegung der Massen aufzugreifen und schließlich auf das Ziel zu lenken, das unter der Losung „Alle Macht den Sowjets“ zusammengefasst werden kann: Am 7. November 1917, nach dem damals geltenden julianischen Kalender der 25. Oktober 1917, wurde die Provisorische Regierung gestürzt und der Rat der Volkskommissare, legitimiert durch den in Petrograd tagenden Zweiten Allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, übernahm die politische Regierungsgewalt. Die ersten Entscheidungen der neubegründeten Sowjetmacht betrafen die elementaren Forderungen der revolutionären Massen: Das Dekret über den Frieden, das Dekret über Grund und Boden und das Dekret über die Rechte der Völker

Russlands. Sie waren der Beginn eines umfassenden Prozesses der gesellschaftlichen Umgestaltung.

Dass in diesem historischen Prozess, der heutzutage unter dem Begriff „Oktoberrevolution“ subsumiert wird, auch schwerwiegende Fehler gemacht wurden, steht auf einem ganz anderen Blatt. Doch diese Fehler geschahen in einem konkreten geschichtlichen Prozess, für den es kein Beispiel und daher auch keine Erfahrungen gab. Und sie geschahen als Ergebnis von realen Umständen und Bedingungen, aus dem Handeln von Menschen heraus, die unter diesen Umständen und Bedingungen Entscheidungen treffen mussten, ohne das Privileg zu haben, die Ergebnisse ihrer Entscheidungen aus der historischen Distanz und mit dem Wissen um deren Folgen bewerten zu können.

Schon deshalb sollte dieser Jahrestag für die Linken - knapp zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa - Anlass sein, eigene Positionen und Haltungen zur russischen Oktoberrevolution von 1917, die unter dem Eindruck der sogenannten Wendezeit 1989/1990 oftmals vorschnell und dem damals neuen Zeitgeist entsprechend eingenommen wurden, kritisch zu überdenken: Rosa Luxemburg, die mit ausgewählten Zitaten immer wieder als Kronzeugin gegen Lenin und die Bolschewiki herhalten muss, begrüßte die Oktoberrevolution als weltgeschichtliches Ereignis. Dann erst, als Verfechterin der Oktoberrevolution, war sie auch eine Kritikerin der Bolschewiki, die sie als ihre Genossen und Verbündeten ansah. Schon deshalb sollte auch das wissenschaftliche Werk Lenins Gegenstand einer neuen, durchaus kritischen Aneignung durch die Linken sein.

*Fortsetzung auf Seite 11*

## 90. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Ist ein solches Datum in der heutigen Zeit überhaupt noch erwähnenswert? Ich meine: Ja! Gerade die Linken sollten dieses historische Ereignis nie aus den Augen verlieren. Bei ihrem Ziel – Sozialismus – geht es doch darum, in sieben Jahrzehnten gemachte Fehler nicht zu wiederholen und vor allem jegliche Ansätze diktatorischer Maßnahmen, Alleinvertretungsansprüche und Demokratiedefizite zu vermeiden. Es geht aber auch darum, das vorhandene Positive dieser Zeit zu wahren und weiter zu entwickeln.

Lenin ist heute als Diktator verschrien, der Tausende Tote auf seinem Gewissen hätte. Aber ist er nicht durch die Umstände gezwungen worden, teilweise drakonische Maßnahmen anzuwenden, um die Existenz des jungen

*Fortsetzung von Seite 10*

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch dies: Anfang Juni 2007 erhoben siebzehn namhafte russische Wissenschaftler und Autoren in einem Aufruf nachdrücklich die Forderung, den Jahrestag der Oktoberrevolution in Russland wieder zu einem offiziellen Feiertag zu machen. Dankenswerter Weise hat die Tageszeitung „junge Welt“ in ihrer Ausgabe vom 23. August 2007 dieses wichtige Dokument im Wortlaut veröffentlicht. So kann man auch hierzulande nachlesen: „Aus dem Scheitern des sowjetischen Gesellschaftsmodells ist nicht zu folgern, dass die Ideale des Oktober falsch sind. Ebenso wenig wie die Ideen des Christentums für die Praxis der Inquisition verantwortlich gemacht werden können, vermochte der Stalinsche Totalitarismus die Ideale der Revolution zu zerstören. Das historische Projekt des Sozialismus wird nicht im ersten Anlauf verwirklicht. Schon formiert sich eine neue, junge Generation, welche das kapitalistische System nicht akzeptiert. Es gibt allen Grund zu hoffen, dass es ihr gelingt, die Ideale der Oktoberrevolution neu mit Leben zu erfüllen.“ <

Sowjetstaates zu erhalten? Der Imperialismus konnte es nicht verkraften, dass ein Sechstel des Erdballs seinem Einflussbereich entzogen wurde. Deshalb unterstützten 14 imperialistische Armeen die weiße Konterrevolution in Russland und zogen mordend durchs Land. Darunter auch das von der SPD geführte Deutschland. In dieser Situation waren Samthandschuhe fehl am Platz.

Lenin machte aber auch auf die Gefahren aufmerksam, wenn nach seinem Tode Stalin an die Macht käme. Aber die historischen Fakten sind ja bekannt.

Es ist doch aber eine Tatsache unumstritten. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ging es den Völkern der UdSSR nie so gut wie zu Sowjetzeiten. Nach Zerfall der Sowjetunion, auch mit Hilfe der US-Geheimdienste, etablierten sich in den ehemaligen Sowjetrepubliken neue Diktatoren, die sich bereicherten und ihre Völker in Not und Armut stürzten. Nicht anders verhielt es sich in den anderen sozialistischen Ländern. Auch diese Völker lebten nie so gut wie zu Zeiten des Sozialismus. Nach dessen Untergang wurden sie in die EU gepresst und verkommen nun in völliger Armut.

### Achtung, Willkür ufert aus!

Die aus Union und SPD bestehende Bundesregierung offenbart immer offensichtlicher, dass sie in einem erschreckenden Ausmaß an Terror-Hysterie die ideologische Grundlage für Verstöße gegen Menschenrechte und gegen das eigene Grundgesetz schafft.

Wenn uns die konservativsten Kreise dieser Regierung glauben machen wollen, dass man mit ein paar Kanistern Wasserstoffperoxyd so einfach mal in der Garage Sprengstoffbomben basteln kann oder der Bundesrepublik ein Atomschlag droht, macht man das Volk für Ausgeburten der menschlichen Zivilisation gefügig.

In den letzten Monaten wurden massenweise derartige Überwachungsmechanismen geschaffen, die nicht nur

Für uns als Sozialisten ist es doch klar, dass der Kapitalismus/Imperialismus mit all den Verbrechen und Gräueltaten an vielen Völkern nicht das Letzte in der Menschheitsgeschichte gewesen sein kann. Ihm muss schrittweise Einhalt geboten werden, um die Menschheit vor dem Untergang zu bewahren. Leider werden dieser Aufgabe gegenwärtig nur die Linken und Einzelpersonlichkeiten gerecht.

Es erfüllt mich deshalb mit Optimismus, als eine Umfrage ergab, dass jeder dritte Deutsche links denkt und ca. zwei Drittel der Befragten die Forderungen der Linken unterstützen. Das ist aber gleichzeitig für DIE LINKE Verpflichtung, sich noch stärker für die Interessen der Menschen einzusetzen.

Ich habe zwar den Bogen vom Roten Oktober bis heute sehr weit gespannt. Aber sollten nicht für Sozialisten unsere historischen Ereignisse und Gedenktage noch besser für unsere tägliche politische und praktische Arbeit genutzt werden? Das um so mehr, da sie vom Kapital und seinen Handlangern besonders der jungen Generation bewusst vorenthalten oder verfälscht werden.

*Lothar Schreiber, Jüterbog*

dazu dienen können, Terroristen zu stellen, sondern das gesamte Volk zu überwachen und zu drangsalieren. Oder will mir etwa einer einreden, es gäbe im Lande 60 Millionen Terroristen? Denn soviel Datensätze über Verdächtige Personen liegen den Sicherheitsbehörden vor und können mühelos vernetzt werden.

Wenn der Verteidigungsminister Jung (CDU) beabsichtigt, Verkehrsflugzeuge abzuschießen, in denen er Terroristen vermutet, ist das die Krone aller Menschenfeindlichkeit.

Die Dominanz des Militärisch-Industriellen Komplexes führt immer mehr zu militärischer Gewalt und Machtmissbrauch.

*M. G.*

## Erinnerung und Mahnung

Am 08.09.2007 gedachten Einwohner Großbeerens und zahlreiche Gäste der Opfer des Faschismus. Diese Gedenkundgebung hat bereits eine lange Tradition.

Vom Sommer 1942 bis zum April 1945 existierte bei Großbeeren das Arbeitserziehungs- und Gestapodurchgangslager, welches etwa 25000 Häftlinge passieren mussten, darunter der Arbeitersportler Werner Seelenbinder, der Schriftsteller Peter Edel und der Komiker Wilhelm Bendow.

Etwa 1300 Häftlinge überstanden die unmenschlichen Bedingungen im Lager nicht und wurden in der Kiesgrube am Rande des Ortes verscharrt. Diese ehemalige Kiesgrube wurde zur Gedenkstätte umgestaltet und am 14.12.1948 als solche eröffnet. Seitdem finden hier regelmäßig am Tag der Opfer des Faschismus und zum Tag

der Lagerselbstaflösung (19.04.1945 vor der anrückenden Roten Armee) Gedenkundgebungen statt, bereits zu DDR-Zeiten meist mit umfangreicher internationaler Beteiligung, hauptsächlich aus der Sowjetunion und aus Frankreich. Diese Ehrung der Opfer wurde auch nach der Wende fortgesetzt, wofür die Genossen der PDS sich aktiv einsetzten.

Bei der Kundgebung am 08.09.2007 waren zahlreiche Vertreter von Institutionen und Einrichtungen, aller in Großbeeren vertretenen Parteien und der Wählergemeinschaft, andere Großbeerener Bürger sowie ausländische Gäste aus neun Ländern (Vertreter von Botschaften bzw. Konsulaten der Länder Belorussland, Kroatien, Polen, Russland, Serbien, Tschechien, Türkei und Ungarn sowie Zeitzeugen aus Frankreich) mit Kränzen und Blumen-

gebinden präsent. Fahnen der Länder, aus denen die Opfer des Lagers stammten, trugen Schüler der Grund- und Oberschule Großbeeren. In einer kurzen Gedenkansprache gedachte der Bürgermeister des Ortes, Carl Ahlgrimm, der Toten des Lagers, der Überlebenden und ihrer Angehörigen und mahnte gleichzeitig, jeglichen neofaschistischen Aktivitäten entgegenzutreten.

Anschließend wurden auch an der Gedenkstätte für italienische Kriegsgefangene an der alten Friedhofsmauer und am Standort des ehemaligen Arbeitserziehungs- und Gestapodurchgangslagers Blumen niedergelegt. Bei einem Zusammensein der Kundgebungsteilnehmer im Versammlungssaal der Gemeinde kam es noch zu regen Diskussionen.

*Rolf Sahr Müller, BO Großbeeren*

## Zum 110. Geburtstag von Erich Jeserick

Am 3. Oktober jährt sich zum 110. Male der Geburtstag von Erich Jeserick. Ich habe nicht die Absicht zu wiederholen, was dazu in der Broschüre „Standhafte Antifaschisten“ dargelegt ist. Doch solche Gedenktage sollten für uns Linke Anlass sein, Gedanken darüber auszutauschen.

Man gaukelt uns heute vor, der Neofaschismus hätte seine Wurzeln in der DDR, was natürlich großer Humbug ist. Jeder einigermaßen Gebildete weiß, dass dieses Krebsgeschwür der Menschheit seit Jahrzehnten seinen Nährboden in der alten BRD hatte.

Der Antikommunismus, die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts (Thomas Mann), hatte doch seit Bismarck bis zur BRD nie aufgehört zu existieren. Wenn Adenauer Tausende hohe Nazi-Bonzen in hohe Ämter einsetzte, dann legte er doch den Grundstein dafür, das faschistische Gedankengut weiter wuchern konnte.

In den Anfangsjahren noch verdeckt, traten dann die braunen Horden immer dreister auf und zogen sogar in Länderparlamente ein. In den neuen

Bundesländern vollzog sich also nach, was in den alten längst existierte, weil nach der Wende dafür bewusst der Nährboden gelegt wurde.

Apropos Wende. Ich habe noch heute kein Verständnis dafür und es erfüllt mich immer noch mit Zorn, wenn ich daran denke, was ein großer Teil des Stadtparlaments Jüterbog mit Erich Jeserick fabrizierte. Da musste sein Name auf einem Straßenschild verschwinden, nur weil er sich als KPD-Abgeordneter für die Armen und Schwachen eingesetzt hatte und deshalb von den Nazis 1944 im KZ feige ermordet worden war. Unmenschlicher ging es gar nicht mehr.

Dafür darf der braune Mob nun auch im Osten marschieren, und immer geschützt von der Polizei. Im Gegensatz dazu werden Gegendemonstranten, also Antifaschisten, von den Polizisten mit Pfefferspray verletzt, wie jüngst in Neuruppin geschehen. Leider kein Einzelfall in der BRD!

Nun denkt die SPD laut nach, einen erneuten Antrag zum Verbot der NPD zu stellen.



Die CDU/CSU ist natürlich aus fadenscheinigen Gründen dagegen, was für mich von vornherein klar war. Ich bin der Meinung, CDU/CSU sind an einem solchen Verbot gar nicht interessiert, weil sie dann plötzlich ganz rechts außen stünden. Das soll aber verhindert werden! Die CDU/CSU brauchen also eine Kraft rechts von sich. So lässt es sich auch leichter verschleiern, dass sie selbst immer mehr nach rechts abdriften.

*Lothar Schreiber*

## Das Trauerspiel von Afghanistan

Der Schriftsteller Theodor Fontane (1819-1898) leitete in London als Auslandskorrespondent 1855-1859 die im Auftrag des preußischen Ministerpräsidenten Otto Freiherr von Manteuffel erscheinende deutsch-

englische Korrespondenz. Mit dieser Ballade beschreibt er 1857 den katastrophalen Ausgang des ersten der drei anglo-afghanischen Kriege (1839-1842). In diesem Konflikt versuchten Briten und Russen, die koloniale Vorherrschaft in Zentralasien zu erringen.

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,  
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,  
„Wer da?“ - „Ein britischer Reitersmann,  
Bringe Botschaft aus Afghanistan.“

Sir Robert stieg auf den Festungswall,  
Offiziere, Soldaten folgten ihm all',  
Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht,  
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.“

Afghanistan! Er sprach es so matt,  
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,  
Sir Robert Sale, der Kommandant,  
Hebt ihn vom Rosse mit eigner Hand.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,  
So lasst sie's hören, dass wir da,  
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,  
Trompeter blast in die Nacht hinaus!“

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,  
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,  
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,  
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',  
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,  
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,  
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

„Wir waren dreizehntausend Mann,  
Von Kabul unser Zug begann,  
Soldaten, Führer, Weib und Kind,  
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.“

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,  
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,  
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht,  
Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,  
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,  
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,  
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“

Die hören sollen, sie hören nicht mehr,  
Vernichtet ist das ganze Heer,  
Mit dreizehntausend der Zug begann,  
Einer kam heim aus Afghanistan.

## Friedensdemo in Berlin

Unter dem Motto „... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ (Wolfgang Borchert 1947), hat die deutsche Friedensbewegung am 15.09.2007 zur Demo gegen die Verlängerung der Bundeswehrein-sätze in Afghanistan aufgerufen. Diesem Aufruf haben sich viele Initiativen, Bündnisse, Arbeitskreise, Netzwerke, Gruppierungen und linke Parteien angeschlossen. Besonders DIE LINKE hat mit Aufrufen und Teilnahme Unterstützung geleistet.

Im Bundestag stehende Abstimmungen über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan an. Nach Umfragen wollen 64 % unserer Bevölkerung den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, aber die Abgeordneten der Regierungsparteien wollen der weiteren Teilnahme am Krieg mit den US-Truppen, zustimmen.

Die Bilanz des Krieges für das afghanische Volk ist verheerend. Bei Kriegseinsätzen sterben weiterhin eine ständig steigende Anzahl von Zivilisten. Seit 2001 sind 1,3 Millionen Menschen auf der Flucht, die Kindersterblichkeit ist weltweit am höchsten, selbst die Lage der Frauen in Afghanistan hat sich verschlechtert. Unter Karsai herrschen wieder die Warlords und Drogenbarone. Der Drogenanbau ist die einzig lohnende Erwerbsquelle der Bauern. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, aber nur 7,5 Mrd. Dollar für zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Am Hindukusch stehen nicht Menschenrechte und Demokratie im Vordergrund, sondern Sicherung des Zugangs zu Öl- und Gasvorkommen. Deshalb werden die ausländischen

Truppen von der einheimischen Bevölkerung als Besatzer angesehen. Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsätzen wird auch vom Deutschen Roten Kreuz und der Caritas abgelehnt, weil diese Helfer und Afghanen gefährden.

Zur Auftaktkundgebung auf dem Berliner Alex wurden von den Veranstaltern ca. 10.000 Teilnehmer geschätzt. Wir Anwesenden fanden diese Schätzung als sehr zurückhaltend. Bei Musik und Reden herrschte gute Stimmung. Dr. Peter Grottian rief zum zivilen Ungehorsam auf, wenn die Politiker weiterhin nicht auf die Bedürfnisse des Volkes eingehen wollen. Frau Tahera Chams, in Kabul geboren, berichtete von der bedrückenden Situation der afghanischen Frauen und dank-

*Fortsetzung auf Seite 15*

## Rumänienhilfe

Zum 88. Mal wird Fredi Busek im Oktober diesen Jahres die Reise nach Rumänien antreten. Seit 1967 fährt er teilweise fünf Mal im Jahr die gleiche Strecke, die er mittlerweile im Schlaf kennt.

Auf der 3400 km langen Autofahrt sind ihm jede Stadt und jedes Dorf vertraut.

Warum ist ihm diese Reise so wichtig?

Fredi Busek wurde in Rumänien, in Paltinosa geboren.

1940 unter der Losung „Heim ins Reich“ hat er seine Heimat verlas-

sen müssen. Nach vielen Umwegen gelangte er nach Luckenwalde. Einige seiner Familienangehörigen sind nach Rumänien zurückgekehrt. Ihnen

stattete er einen Besuch ab. Was er vorfand, waren große Armut und herz-

Familie alles, was die Menschen in Rumänien dringend benötigen. Nahrungsmittel kauft er selbst. Mit seinem Auto,

das bei jeder Fahrt bis unters Dach voll beladen ist, und auf eigene Koste versorgt er mehrere rumänische Familien.

Auch wenn die Menschen heute nicht mehr so arm sind, Hilfe können sie nach wie vor gebrauchen.

Inzwischen sind Freundschaften entstanden, die beide Seiten nicht mehr missen möchten. Deshalb ist es der größte Wunsch von Fredi Busek, der inzwischen 81 Jahre

ist, auch die 100. Fahrt noch bei guter Gesundheit zu erleben.

*Marianne Richter,  
Luckenwalde*



*Fredi Busek (Bildmitte) in Rumänien angekommen*

liche Gastfreundschaft. Für ihn stand fest: Hier muss ich helfen.

Seit dieser Zeit sammelt Fredi Busek von Freunden, Nachbarn und seiner

## Drei Wochen Schule – Eine Bilanz

Seit drei ganzen Wochen bin ich stolze Erstklässler-Mama. Lang ersehnt war dieser Augenblick, meinen Sohn bei der Einschulung mit Ranzen und Zuckertüte vor Opas Kamera posieren zu sehen.

Mit gemischten Gefühlen schaut man ihn sich immer wieder an, wie er losmarschiert, der kleine Kerl, mit seinem Riesen-HighTech-Ranzen, um zu begreifen, dass es tatsächlich wahr ist. Wieder ein Stück loslassen, wieder ein Stück weiter in die Welt entlassen.

Aber was ist das eigentlich für eine Welt?

Die harte Realität hat uns nur allzu schnell eingeholt.

Woche 1: Ein Schlag auf die Nase, diverse Beschimpfungen, Beleidigungen, ein Tritt in die Kniekehlen auf der Treppe, eine Rangelei und ein Schlag in den Nacken auf dem Schulhof.

Eine Liste, die sich so oder so ähnlich weiterführen lässt.

Nun erlaube ich mir zu behaupten, ein zurückhaltendes Kind zu haben, das sich mit dem Mut der Verzweiflung verbal gegen die älteren Mitschüler verteidigt, indem er in seiner kindlichen Naivität darauf aufmerksam machte, dass „man Probleme auch mit Reden lösen könne, und Gewalt kein Mittel sei“.

Solche und ähnliche Leitsätze lernen bereits die Kleinsten aus guten Kinderbüchern, inhaltvollen Fernsehsendungen und von verantwortungsvollen Eltern, meine ich.

Zu meiner Zeit war der Raufbold noch ein Außenseiter, einer, den man nicht mit nach Hause nahm, mit dem man nicht am Nachmittag spielte und den man schon gar nicht zum Kindergeburtstag einlud.

Nach drei Wochen Schulalltag beschleicht mich das unguete Gefühl, dass es heute eventuell umgekehrt sein könnte.

Wenn das der Weg ist, den unsere Gesellschaft in Richtung Zukunft einschlägt, dann kann ich nur hoffen, dass mehr Eltern bereit sind, endlich die Augen zu öffnen und gegen diese Entwicklung anzukämpfen.

Denn Kinder, die heute ohne Werte, ohne Achtung und ohne Perspektive aufwachsen, werden morgen die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sein.

Eine Gesellschaft ohne Werte, ohne Achtung und ohne Perspektive - eine grauenvolle Vorstellung.

*Tina Senst,  
Luckenwalde*

Fortsetzung von Seite 13

te für die Solidarität der Demonstranten. Dr. Peter Strutynski berichtete über die tatsächliche Lage in Afghanistan und die wahrhaften Interessen der US- und der Bundesregierung sowie deren Verschleierungstaktik. Danach folgte der Demonstrationenzug zur Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor. Die Gruppen „Rotdorn“, „Fried Drums“ und das Theater „Grenzenlos“ sorgten für kulturelle Umrahmung. Dr. Andreas Buro widerlegte die Behauptungen der herrschenden Politiker und der gleichgeschalteten Presse. Dr. Mohssen Massarrat rief zum sofortigen Abzug der Truppen aus Afghanistan auf, denn nur danach kann wirksam geholfen werden. Frau Kelly Kampbell überbrachte Grüße der amerikanischen Friedensbewegung. Besonders gefiel mir Horst Schmitthenner, IG Metall. Er legte die Zusammenhänge von leeren Sozialkassen und Kriegskosten dar und rief zu weiterem Widerstand auf. Die Einmischung des Volkes geht jetzt erst richtig los.

Rainer Weigt



## Glückwünsche

Irma Hilka in Blankenfelde zum 81. Geburtstag am 12.10.  
 Ruth Langenthal in Ludwigsfelde zum 76. Geburtstag am 13.10.  
 Christina Hintze in Luckenwalde zum 88. Geburtstag am 16.10.  
 Amalie Matthias in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 17.10.  
 Elisabeth Barsch in Ludwigsfelde zum 73. Geburtstag am 19.10.  
 Siegfried Frank in Mahlow zum 74. Geburtstag am 26.10.  
 Inge Hoberg in Jüterbog zum 74. Geburtstag am 28.10.  
 Bernhard Jank in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 28.10.  
 Sonja Steinert in Nächst Neuendorf zum 73. Geburtstag am 28.10.  
 Helmut Bochow in Blankenfelde zum 86. Geburtstag am 30.10.  
 Erich Lehmann in Luckenwalde zum 93. Geburtstag am 31.10.  
 Helga Hundertmark in Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 05.11.  
 Hildegard Polzer in Ludwigsfelde zum 73. Geburtstag am 06.11.  
 Friedel Bettac in Am Mellensee zum 72. Geburtstag am 10.11.

## Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und

Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen:

**Lothar Löbel** in Ahrensdorf zum **65.** Geburtstag am 28.10.  
**Reinhard Baier** in Rangsdorf zum **60.** Geburtstag am 30.10.  
**Reinhard Schwarz** in Ludwigsfelde zum **50.** Geburtstag am 02.11.

## Heinz Florian Oertel

### „Gott sei Dank oder Schluß mit der Schwatzgesellschaft“

In diesem Buch führt Heinz Florian Oertel einen Ferndialog mit Peter Hahne. Unter dem Titel „Schluß mit



lustig“ (erreichte bereits die 65. Auflage) geht es Peter Hahne um die Wiederbelebung von Werten und Wertvorstellungen.

In der Besinnung zu Gott sieht Peter Hahne den Weg aus dem gegenwärtigen Dilemma. Heinz Florian Oertel verfolgt in seinem Buch das glei-

che Ziel, sein Weg aber ist ein anderer.

Er greift auf Karl Marx zurück, der in seinen Thesen über Feuerbach schrieb: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“

In einer Gesellschaft, in der viel gefaselt, gesprochen, versprochen, totgeredet und zum Beliebigen degradiert wird, sind Werte, die den Bestand einer Gesellschaft sichern, fast verloren gegangen. Dass Heinz Florian Oertel, der auf 45 Reporterjahre und 80 Lebensjahre zurückblicken kann, vorrangig Beispiele aus dem Sport aufgreift, versteht sich fast von selbst. „Denn Sport ist ein Teil unserer Gesellschaft, und so wie die Gesellschaft ist, ist der

Sport.“ Die Praxis belegt diesen Satz fast täglich.

Er erinnert aber auch an Sportlerpersönlichkeiten wie Karin Janz – Weltass im Turnen, Rosemarie Ackermann – Weltklassehochspringerin, oder Gustav Adolf Schur, die Weltruhm erlangten, denen aber Werte wie Anstand, Fairness, Freundschaft und Mannschaftsgeist in keiner Lebensphase abhanden gekommen sind. In jeder Zeile „spricht“ der Profi. Gerade das macht dieses Buch zu einer lezenswerten, spannenden, nachdenkenswertem und aufrüttelnden Lektüre.

Mit Recht steht „Gott sei Dank“ auf der Bestsellerliste.

Marianne Richter

## Nachruf



Am 26. August verstarb unser Genosse

### Helmut Feller

Unsere Partei trauert um einen verdienstvollen Mitstreiter, der über fünf Jahrzehnte in mehreren Funktionen des Kreises Luckenwalde sehr aktiv war. Wir kannten und achteten unseren Helmut als gewissenhaften, pflichtbewussten und stets einsatzbereiten Menschen. Diese Charaktereigenschaften, Ehrlichkeit und die Fähigkeit, Überzeugung lebensnah zu vermitteln, brachten ihm Achtung und Wertschätzung ein. Wird werden das Andenken in Ehren halten. In unseren Gedanken wirst du stets weiterleben.  
Kreisvorstand Teltow-Fläming

## Termine

**07.10.07**

Bürgermeisterwahl in

- Ludwigsfelde
- Am Mellensee

**11.10.07 16.30 Uhr**

Roter Stammtisch  
Geschäftsstelle Jüterbog

**11.10.07 18.30 Uhr**

Regionalvorstand Jüterbog  
Geschäftsstelle

**13.10.07 09.30 Uhr**

Gesamtmitgliederversammlung des Regionlaverbandes TF Süd  
Wahl der Delegierten zum Kreisparteitag, Wahl eines neuen Regionalvorstandes, (Bekanntgabe des Ortes erfolgt mit der Einladung)

Mit Trauer haben wir erfahren, dass unsere Genossin

### Klara Anders

verstorben ist.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Basisorganisation Dahme  
Kreisvorstand Teltow-Fläming

**15.10.07 19.00 Uhr**

Kreisvorstandssitzung  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**17.10.07 15.00 Uhr**

Redaktionssitzung  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**18.10.07 18.30 Uhr**

Fraktionssitzung  
Geschäftsstelle Jüterbog

**18. - 21.10.07**

2. Sozialreform in Cottbus  
www.SFiD.info

**03.11.07**

Kreisparteitag  
Kreishaus Luckenwalde

## Folkloregruppe aus Namibia in der Jakobikirche



In der nächsten Ausgabe wird Marianne Richter über die Jakobikirche als Kulturgut berichten.

## IMPRESSUM

**Herausgeber: DIE LINKE.** Kreisverband Teltow-Fläming

V.i.S.d.P.: Kornelia Wehlan

### Geschäftsstellen:

**14943 Luckenwalde,** Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Internet: www.pds-teltow-flaeming.de

E-Mail: teltow.flaeming@linkspartei-pds-brandenburg.de

**14913 Jüterbog,** Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: dielinke.jueterbog@t-online.de

**14974 Ludwigsfelde,** A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: ludwigsfelde@linkspartei-pds-brandenburg.de

**Spendenkonto:** 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

**Redaktionsschluss:** 12. September 2007, der nächsten Ausgabe: 17. Oktober 2007

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.



• • •

Unsere Zeitung ist in der Bundesarbeitsgemeinschaft für linke Medienmacher „rote reporter“ vertreten.

